



Deutsche Umwelthilfe



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.



Hintergrund zu den von der Bundesregierung beauftragten Szenarienrechnungen für ein nationales Energiekonzept

Es kommt nur hinten raus, was man vorne rein gibt

Die Bundesregierung ist erkennbar entschlossen, die Debatte über ein nationales Energiekonzept auf die Frage einzuengen, ob Laufzeiten von Atomkraftwerken um 4, 12, 20 oder 28 Jahre verlängert werden sollen. Sie ignoriert damit die fundamentalen Sicherheitsrisiken, die mit dem Weiterbetrieb alternder Reaktoren verbunden sind. Sie ignoriert weiterhin die nicht gelöste Endlagerfrage, die massiv gewachsenen Risiken terroristischer Angriffe auf Atomkraftwerke und die eng an die Beibehaltung des Atomausstiegs gekoppelte weltweite Vorreiterrolle Deutschlands bei den Erneuerbaren Energietechnologien.

Mit den Vorgaben der Regierung für das nationale Energiekonzept steht das Ergebnis faktisch bereits heute fest. Die Untersuchung dient lediglich dazu, den politischen Willen der Koalitionsparteien zur Laufzeitverlängerung als volkswirtschaftlich vernünftig erscheinen zu lassen. Wie bei jeder Szenarienrechnung kann hinten nur herauskommen, was vorne hineingegeben wird. Herauskommen wird das politisch erwünschte Ergebnis: Je länger die Reaktoren betrieben werden, umso beeindruckender erscheint der angebliche volkswirtschaftliche Nutzen.

Ein von der Bundesregierung erstellter Vermerk (s. Anhang 1) über das Vorgehen bei der Entwicklung der Energie-Szenarien offenbart die Taktik: Vorgegeben werden vier verschiedene Laufzeitverlängerungen (4, 12, 20 und 28 Jahre). Die Gutachter sollen nicht ermitteln, ob und unter welchen Voraussetzungen der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien die Atomkraft ersetzen kann. Im Gegenteil: sie sollen errechnen, wie sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Abhängigkeit von unterschiedlichen Laufzeitverlängerungen entwickeln wird (Im Vermerk tauchen sie als „endogen bestimmt“ auf). Eine analoge Vorgabe gilt für die Steigerung der Energieeffizienz, zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz von Kraft-Wärme-Koppelung. Der sich einstellende Energiemix wird so von der Bundesregierung als abhängige Größe der Laufzeitverlängerungen definiert. Damit erweist sich die Qualifizie-

rung der Kernkraft als „Brückentechnologie“ als bloßes Gerede zur Vernebelung der tatsächlichen Absichten.

Das so genannte Referenzszenario, bei dem es beim Atomausstieg bleiben soll, geht davon aus, dass geltende Gesetze und Vorhaben der Vorgängerregierungen Bestand haben und ansonsten die Energiepolitik bis 2050 eingestellt wird. Die Regierung und ihre Nachfolger legen (laut Vorgaben an die Gutachter) die Hände in den Schoß (im Vermerk: „Business as usual“). So dient dieses Szenario lediglich dem durchsichtigen Zweck, den „Nachweis“ zu führen, dass mit dem Atomausstieg die Klimaziele verfehlt werden.

Zur entscheidenden Größe eines nationalen Energiekonzepts sollen die sich vermeintlich ergebenden „gesamtwirtschaftlichen Effekte“ stilisiert werden. Vor diesem Hintergrund und angesichts von Resultaten vergleichbarer Auftragsstudien sind die Ergebnisse bereits heute prognostizierbar, obwohl offiziell noch keinerlei Szenarienrechnungen vorliegen. Im Lichte der politischen Interessenlage der Bundesregierung als Auftraggeber und der von ihr ausgewählten Auftragnehmer sind „Überraschungen“ geradezu ausgeschlossen.

Die Studie wird deshalb zu dem Ergebnis kommen, dass

1. die Stromkosten im Jahr 2030 um rund 20 Prozent niedriger ausfielen und zu diesem Zeitpunkt ein Durchschnittshaushalt zwischen 100 und 200 Euro pro Jahr an Stromkosten sparen würde und
2. die deutsche Wirtschaft im Jahr 2030 mit 100.000 bis 200.000 mehr Beschäftigten rechnen könnte,

wenn die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um 28 Jahre auf dann 60 Betriebsjahre verlängert würden.

Grundsätzlich bietet jedes energiewirtschaftliche Modell verschiedene Stellschrauben, um damit das gewünschte Ergebnis zuverlässig zu produzieren. Die fünf wichtigsten sind in diesem Fall die erwarteten Energiepreise, die erwarteten Preise für CO₂-Zertifikate, die erwarteten Strommarkteffekte einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und die erwartete Kostenentwicklung bei Erneuerbaren Energien und bei der CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS). Aufgrund der in den letzten Jahren in anderen Zusammenhängen erstellten Szenarien der jetzt beauftragten Institute ergeben sich folgende Prognosen:

1. EWI/Prognos werden voraussichtlich mit sehr moderaten Energiepreissteigerungen für Kohle, Öl und Gas rechnen. Es ist zu erwarten, dass die beauftragten Institute dabei noch hinter den schon als konservativ einzuschätzenden Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) zurückbleiben. Dies führt unmittelbar dazu, dass sich Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien im Modell, wenn überhaupt, erst in ferner Zukunft rechnen.
2. Es steht zu befürchten, dass die Gutachter von der Bundesregierung zu einer unrealistischen Annahme über den Einfluss der Laufzeitverlängerung auf die Zertifikatpreise gedrängt werden. Eine EU-weite Absenkung der Preise um 25 Prozent war Gegenstand der Gespräche, um die von der Regierung behaupteten Strompreiseffekte der Laufzeitverlängerung begründen zu können. Das wäre angesichts der Größenordnungen völlig unrealistisch (der EU-Emissionshandelsmarkt umfasst 2.000 Mio. t CO₂ pro Jahr plus JI/CDM-Zertifikate aus dem Ausland, eine Laufzeitverlängerung hätte einen Nachfragerückgang in Höhe von ca. 50 bis 80 Mio. t Emissionsrechten zur Folge).

3. EWI/Prognos werden behaupten, dass eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke an der Strombörse dazu führt, dass über den Merit-Order-Effekt günstigere Kraftwerke als im Referenzszenario den Börsenpreis setzen. Dies ist jedoch ein Modell-Artefakt. Tatsächlich hat das Öko-Institut bereits 2009 in einer Studie für das BMU gezeigt, dass weder im europäischen Vergleich noch in der historischen Analyse ein empirischer Zusammenhang zwischen Strompreisen und Atomstromproduktion existiert. (siehe http://www.bmu.de/atomenergie_ver_und_entsorgung/downloads/doc/44431.php).
4. Die Auftragnehmer werden des Weiteren die Erneuerbaren Energien voraussichtlich „teuer rechnen“. Künftige Preisdegressionen bei der Photovoltaik oder Offshore-Windenergie werden gegenüber Branchenerwartungen und empirischen Erfahrungen bei vergleichbaren Technologieentwicklungen gering ausfallen. EWI hat die Entwicklung der Erneuerbaren Energien in der Vergangenheit regelmäßig als zu teuer qualifiziert und die Abschaffung des Erneuerbaren Energiengesetzes (EEG) zugunsten eines EU-weiten Quotensystems gefordert (zuletzt anlässlich der Präsentation einer EU-EE-Studie am 22. April 2010 in Berlin).
5. Die Auftragnehmer werden auf der anderen Seite CCS „billig rechnen“, um einen politisch erwünschten hohen CCS-Kohlekraftwerksanteil in der Stromversorgung darstellen zu können. Prognos hat im Jahr 2009 für RWE eine Studie erstellt, die diese erst in der Entwicklung befindliche Technologie ungeachtet aller gegenteiliger Erwartungen und Erkenntnisse zu einem „Billigheimer“ der Stromerzeugung machte. Die Untersuchung hat in der Fachszene für Kopfschütteln gesorgt. Die CCS-Technologie wird, sofern sie denn in Deutschland überhaupt jemals in industriellem Maßstab zur Verfügung stehen wird, erheblich teurer sein als die wichtigsten erneuerbaren Energietechnologien zu diesem Zeitpunkt. Die Energiekonzerne sagen in jüngster Zeit zahlreiche ihrer Projekte ab oder machen ihre Realisierung von Subventionen in Höhe von bis zu 1 Mrd. Euro pro Anlage abhängig.

Die den Wirtschaftsforschungsinstituten vorgegebene methodische Vorgehensweise bedeutet darüber hinaus, dass von einer Laufzeitverlängerung kein positiver Effekt für den Klimaschutz ausgeht. Es wird keine einzige Tonne CO₂ eingespart. Die Zahl der in Europa ausgegebenen Zertifikate soll sich nicht ändern. Im Ergebnis käme es lediglich zu einem verstärkten Einsatz von Kohle bei der Stromproduktion. Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken verzögern oder verhindern im Ergebnis den Strukturwandel, der den Übergang in das von den Regierungsparteien versprochene „Zeitalter der erneuerbaren Energien“ erst möglich macht.

Der vorliegend Vermerk der Bundesregierung zum nationalen Energiekonzept zeigt: Schwarz-gelb geht es nicht um die Frage, ob und wie schnell die Erneuerbaren Energien die Atomenergie ablösen können. Es geht ausschließlich darum, dass die Koalition sich von ihren Gutachtern eine Expertise schreiben lassen will, die den angeblichen volkswirtschaftlichen Nutzen einer maximalen Laufzeitverlängerung aufzeigen soll.

Anhang:

1. Vermerk der Bundesregierung „Stand zu den Energie-Szenarien der Bundesregierung – 19. April 2010“
2. Liste von Gutachten der Auftragnehmer für das nationale Energiekonzept